Stand: 10.03.2020

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß § 44 LHO

NAHVERKEHRSSERVICE SACHSEN-ANHALT GMBH

Zuwendungsempfänger

Datum

An die
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH
Am Alten Theater 4
39104 Magdeburg

Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	

Bezeichnung des Vorhabens

Ich beantrage zur Durchführung des oben angegebenen Vorhabens eine Zuwendung.

Das Vorhaben soll im Haushaltsjahr nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden.

Im Einzelnen sind folgende Unterlagen beigefügt bzw. bis zur Bewilligung des Vorhabens einzureichen:

- ☐ Beschreibung des Vorhabens, Beschreibung der derzeitigen Situation und der beabsichtigten Maßnahmen
- ☐ Begründung für das Landesinteresse an der Förderung des Vorhabens
- ☐ Kostenschätzung / Kostenermittlung
- ☐ Lageplan oder Projektskizze
- ☐ wenn zutreffend: Einverständniserklärung des Grundstückseigentümer, Gestattungsvertrag
- ☐ bauaufsichtliche oder sonstige Genehmigungen
- ☐ sonstige Unterlagen, bitte hier näher bezeichnen
- ☐
- ☐

Ermittlung der Ausgaben

Bezeichnung des Vorhabens

Die Ausgaben für das Vorhaben setzen sich wie folgt zusammen:

	Betrag	davon zuwendungsfähig
Summe	**0,00 €**	**0,00 €**

Die Gesamtausgaben für das oben angebene Vorhaben betragen **0,00 €**

Die zuwendungsfähigen Ausgaben betragen **0,00 €**

Die Finanzierung der Ausgaben ist wie folgt vorgesehen:

a) Zuwendungen des Landes zu den zuwendungsfähigen

Ausgaben in Höhe von 80 **v. H.** 0,00 €

b) Eigenanteil in Höhe von

mithin insgesamt: **0,00 €**

Von der voraussichtlichen Gesamtzuwendung in Höhe von 0,00 €

für das Haushaltsjahr

einen Gesamtbetrag in Höhe von:

Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushaltsjahr	Gesamtausgaben	zuwendungsfähige Ausgaben	Zuwendungsbetrag

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird versichert. Die Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt ist mir bekannt und wird als verbindlich anerkannt.

Ich bin damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der Bewilligungsbehörde zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind.

Mit meiner Unterschrift versichere ich, ,dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist.

_____

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Zuwendungsempfänger

Datum

_____

_____

_____

_____

_____

Erklärung zur Anerkennung der Zweckbindung

Bezeichnung des Vorhabens

_____

_____

_____

Förderung von Grunderwerb:
Als Träger des oben genannten Vorhabens verpflichte ich mich, innerhalb von 30 Jahren nach Fertigstellung der öffentlich geförderten Baumaßnahme jede beabsichtigte Veräußerung, Verpachtung, Vermietung oder Zweckentfremdung von der Einwilligung der Bewilligungsbehörde abhängig zu machen und deren Weisung Folge zu leisten (siehe Nr. 8.2.4 der VV zu § 44 LHO).

Sonstige Förderung:
Als Träger des oben genannten Vorhabens verpflichte ich mich, in Abhängigkeit von den steuerlichen Abschreibungszeiträumen innerhalb dieser Zeiträume (genaue zeitliche Festlegung erfolgt im Zuwendungsbescheid) nach Fertigstellung der öffentlich geförderten Baumaßnahme jede beabsichtigte Veräußerung, Verpachtung, Vermietung oder Zweckentfremdung von der Einwilligung der Bewilligungsbehörde abhängig zu machen und deren Weisung Folge zu leisten.

_____
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Zuwendungsempfänger

Datum

_____

_____

_____

_____

_____

Erklärung zur Barrierefreiheit

Bezeichnung des Vorhabens

_____

_____

_____

Das beantragte Vorhaben berücksichtigt das Ziel der Barrierefreiheit gemäß Artikel 1 und 49 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze (Behindertengleichstellungsgesetz - BGG) vom 27. April 2002, BGBl. Teil I Nr. 28 vom 30.04.2002 in Verbindung mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt (Behindertengleichstellungsgesetz - BGStG LSA) vom 20. November 2001, GVBl. LSA Nr. 50/2001.

Voraussetzung für die Förderung gemäß § 2 Entflechtungsgesetz (EntflechtG) und Ziffer 3.1.1.4 der VV-EntflechtG/Verkehr LSA sind u. a., dass
„das Vorhaben Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entspricht. Bei der Vorhabenplanung sind die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte anzuhören.“

Bei der Vorhabenplanung wurde der Behindertenbeauftragte angehört.

Die Stellungnahme mit unterschriebener Besprechungsniederschrift des Behindertenbeauftragten sind der Erklärung beigefügt.

_____
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Zuwendungsempfänger

Datum

_____

_____

_____

_____

_____

Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen i.S.d. Strafrechts

Bezeichnung des Vorhabens

_____

_____

_____

Mir ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind. Mir ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.

Subventionserhebliche Tatsachen sind solche, die durch Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte, oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG LSA), in der aktuellen Fassung, i. V. m. § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG), in der aktuellen Fassung.

Insbesondere werde ich jede Abweichung von den in § 3 SubvG erwähnten Angaben unverzüglich der die Bewilligung erteilenden Behörde oder Stelle mitteilen.

_____

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Zuwendungsempfänger

Datum

Erklärung zur Umsatzsteuerpflicht

Bezeichnung des Vorhabens

In den Kostenanschlägen für die oben genannte Maßnahme ist die Mehrwertsteuer
enthalten (Bruttoveranschlagung).

Ich bestätige hiermit, dass ich nicht zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes 1999, in der aktuellen Fassung, allgemein für die oben genannte Maßnahme berechtigt bin.

Der Mehrwertsteuerbetrag ist sichtbar abgesetzt.

(Rechtsverbindliche Unterschrift)